

Nebelkerzen und Ping-Pong

Unverständnis bei Bühler CDU über Verhalten von Beate Böhlen

Bühl (red) – Mit Unverständnis reagiert die CDU-Fraktionsvorsitzende im Bühler Gemeinderat, Margret Burget-Behm, auf die „parteipolitisch gefärbte Mitteilung“ der Landtagsabgeordneten Beate Böhlen (Grüne) zur gemeinsamen Resolution des Bühler Gemeinderats zum Krankenhauswesen (wir berichteten). Sie fragt: „Verstehen Sie es nicht, oder wollen Sie es nicht verstehen, dass diese ständigen wechselseitigen Schuldzuweisungen zwischen Bund und Land die Probleme der Krankenhäuser im Südwesten nicht lösen?“

Mit der Resolution wolle der Gemeinderat „Ping-Pong-Spiel“ beenden, schreibt Burget-Behm. „Nun beginnen Sie, es von neuem“, kritisiert sie Böhlen. Auch die Arbeits- und Pflegebedingungen seien eng mit der Unterfinanzierung der Krankenhäuser verbunden.

Burget-Behm appelliert an Böhlen, die sachliche Ebene nicht wieder zu verlassen: „Die Unterfinanzierung der Krankenhäuser im Südwesten ist

kein alleiniges Verschulden des Bundes, der mit der Deckelung der Betriebskosten die Krankenkassenbeiträge der Bürger niedrig halten will, sondern in erster Linie ein Versagen des Landes Baden-Württemberg und dessen verantwortlichem Sozialminister.“ Auch auf die Landesbasisfallwerte, die zur Finanzierung der Betriebskosten der Krankenhäuser vorgeschlagen würden, habe das Land einen gewissen Einfluss.

Nach Paragraph 6 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes hätten die Länder die Verantwortung für die Vorhaltung einer bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung.

Wohin die Reise gehen soll, sei seit Anfang des Jahres bekannt: Sozialminister Manfred Lucha (Grüne) wolle die Anzahl der Kliniken im Land deutlich reduzieren – und zwar von 250 auf 200. Burget-Behm: „Dazu muss man wissen, dass wir in Baden-Württemberg mit 5,2 Krankenhausbetten pro 1 000 Einwohnern die niedrigste Bettendichte in Deutschland schon jetzt haben.“ Der Durchschnitt in Deutschland

betrage 6,1 Betten pro 1000 Einwohner, in Bremen sei diese mit 7,2 am höchsten.

Dem Minister wirft Burget-Behm vor, im Bezug auf die kleinen Krankenhäuser despektierlich von „Tante-Emma-Krankenhäusern“ zu sprechen, die es abzuschaffen gelte. Auf die Frage nach den immer längeren Anfahrtswegen habe er geantwortet: Die Menschen bräuchten sich keine Sorgen zu machen, der Notarztwagen der Zukunft werde eine „rollende Intensivstation“ sein. Die CDU-Politikerin fragt: „Wer sorgt für die Bezahlung dieser rollenden Intensivstationen – der Bund oder das Land? Hier beginne das Spiel um die Finanzierung von neuem.“

In der Debatte über die Zukunft des Ortenau-Klinikums würden die Grünen die Konzentration der Akutkrankenhäuser auf einige wenige Standorte fordern. Burget-Behm empfiehlt deshalb Beate Böhlen: „Mögen Sie damit aufhören, bei der Suche nach Lösungen mit parteipolitischen Nebelkerzen für Verwirrung zu sorgen.“